



Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
Proseminar BMIB
Neue Entwicklungen und Herausforderungen in der internationalen Politik
Dozent: Dr. Kai Hirschmann
Sommersemester 2012

**Politische und gesellschaftliche Dimension
der Krise in Griechenland:
Ursachen, aktuelle Entwicklungen, Perspektiven**

von
David Wichmann

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Ursachen und Hintergründe der gegenwärtigen Situation Griechenlands	2
2.1. Politische Problemlagen	2
2.2. Ökonomische Verfehlungen der Politik	6
3. Gesellschaftliche und politische Auswirkungen der Krise	8
3.1. Gesellschaftliche Entwicklungen	8
3.2. Transformation des politischen Systems	10
4. Perspektiven für Politik und Gesellschaft	13
5. Schlussbetrachtung	15
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	16

1. Einleitung

Die Staatsschuldenkrise Griechenlands ist in den Leitmedien omnipräsent, da die gewaltigen Implikationen für die gesamte Währungsunion Europas auf der Hand liegen sowie die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen innerhalb des Landes als prophetisch für weitere Länder des Euro-Raums gewertet werden können, die sich ebenfalls in miserablen finanziellen und wirtschaftlichen Situationen befinden. Umfangreiche Maßnahmen in Form von Sparprogrammen, diktiert durch die Europäische Union (EU), die Europäische Zentralbank (EZB) und den Internationalen Währungsfond (IWF), welche die sogenannte „Troika“ konstituieren, wurden bereits getroffen, um den Austritt Griechenlands aus der Eurozone abzuwenden und dem Land die Chance zu dringend notwendigen Reformen zu bieten. Doch diese Sanierungspakete haben das Potential für immense gesellschaftliche Spannungen, da insbesondere die unteren und mittleren sozialen Schichten, Jugendliche und Rentner von finanziellen Einschnitten, Erwerbslosigkeit und rückgängiger sozialer Absicherung betroffen sind, was sich bereits dadurch manifestiert, dass regelmäßig Demonstrationen, Massenversammlungen und weitere Unmutsbekundungen initiiert werden, die sich hauptsächlich gegen die Sparpolitik, die politische Klasse und das erneuerungsbedürftige politische System an sich richten. Der Zuspruch in der Bevölkerung für die kollektive Auflehnung ist groß, denn viele Griechen begegnen der Zukunft mit Angst und Skepsis, ihnen wird viel abverlangt. Doch wie gelangte das Land überhaupt in diese Lage und welche Ursachen lassen sich benennen, die zu dieser überbordenden Staatsverschuldung geführt haben, für die nun die Bevölkerung aufkommen muss? Wie sehen die Bedingungen aus, mit denen die Bürgerschaft konkret zu kämpfen hat und welche Forderungen werden an die Politik gestellt? Welche Aussichten lassen sich für das Land und die griechische Gesellschaft angesichts dieser äußerst spannungsgeladenen Lage ermitteln? Aus politikwissenschaftlicher Sicht sind insbesondere die politischen und gesellschaftlichen Ursachen und Effekte der Krisensituation von hohem analytischem Interesse. Deshalb wird intendiert, im Rahmen dieser Hausarbeit speziell auf die Auswirkungen im sozialen und politischen Gefüge des Landes einzugehen, während die ökonomischen Aspekte nur behandelt werden, wo es im Kontext sinnvoll erscheint. Die Motivation für die Hausarbeit entspringt dem

ursprünglichen Interesse an den Hintergründen der Eurokrise, für die Griechenland als eine Art Epizentrum gilt. Die Medien tendieren prinzipiell dazu, überwiegend über wirtschaftliche Details und Strategien zur Krisenüberwindung zu berichten, während den innerpolitischen und gesellschaftlichen Aspekten wenig Beachtung geschenkt wird oder sie ganz und gar ausgeblendet werden, obwohl gerade dort einerseits eine valide Ursachenanalyse sinnvoll erscheint und andererseits die tatsächlichen Rahmenbedingungen zu orten sind, die für einen fundamentalen Umschwung sorgen können. Im ersten Teil dieser Hausarbeit wird eine Untersuchung der Hintergründe und elementarsten Ursachen angestrebt, die Griechenland in die gegenwärtige Situation manövriert haben. Daraufhin soll ein Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen der Krise geworfen werden, auch hinsichtlich der durch die Troika injizierten Sparprogramme. Abschließend wird eine Perspektive mit Reformvorschlägen entworfen, die mögliche künftige Entwicklungen einbezieht.

2. Ursachen und Hintergründe der gegenwärtigen Situation Griechenlands

Möchte man die aktuelle Lage in Griechenland nachvollziehen und einer kritischen Betrachtung unterziehen, ist es zunächst wichtig, Kenntnis über die Ursprünge zu erlangen, die für die aktuelle Lage des europäischen Landes grundlegend verantwortlich sind.

2.1. Politische Problemlagen

An erster Stelle vermag ein besseres Verständnis der politischen Kultur Griechenlands erhellend zu wirken, da es eine historische Erklärung für das politische System, wie es sich heute darstellt, liefert. Die griechischen Parteien sind seit dem 19. Jahrhundert durch klientelistische Strukturen geprägt.¹ Ein Vergleich mit typischen westeuropäischen Parteien fällt bis in die 1970er Jahre schwer, da die griechischen Parteien bis dahin weder durch Parteiprogramme noch durch demokratische Willensbildung oder andere essentielle organisatorische Merkmale gekennzeichnet sind, sondern vor allem dazu dienen, ihren Eliten die Machtstellung zu sichern und

¹ Zum Begriff des Klientelismus vgl. Richter, Heinz A.: Die politische Kultur Griechenlands, in: Die politische Meinung Nr. 508 3/2012, S. 52f.

Gefälligkeiten für parteinahe Anhänger zu erweisen.² Nach dem Sturz des Obristenregimes³ im Jahr 1974 entstanden die bis heute im Parteiensystem dominanten Parteien Nea Dimokratia (ND), die eher konservativ zu kategorisieren ist, und die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK). Beide postulieren zwar verschiedene politische Ausrichtungen, sind bei genauerer Betrachtung jedoch auf ihre innerparteiliche Struktur bezogen nahezu identisch und „wiederbelebte Klientelparteien“⁴. Als treffendes Beispiel für die Ausübung des Klientelismus lässt sich die Masseneinstellungswelle von PASOK-Wählern in den öffentlichen Dienst während der ersten Amtszeit des Premierministers Andreas Papandreou anführen.⁵ Zudem dient der Klientelismus als Nährboden für systematische Korruption und Machtmonopolisierung der politischen Klasse. Belege für den universellen Charakter der Korruption existieren in großem Maße. So sind Reiche in Griechenland weitestgehend von Steuern befreit und lagern ein gigantisches Kapital im Ausland, das sich in etwa auf die Hälfte der Staatsschulden beläuft.⁶ Auch die Monopolisierungsbestrebungen von Familienclans sind offenkundig: So stellte die Familie Papandreou bereits drei Ministerpräsidenten für die PASOK innerhalb der letzten 50 Jahren, zuletzt war dies Giorgos Papandreou, der im November 2011 im Zuge des wachsenden Unmuts im Land gegenüber den auferlegten Sparprogrammen seinen Rücktritt verkündete.⁷ Auch parteiübergreifend lassen sich enge Verbindungen feststellen: Giorgos Papandreou und der derzeitige Ministerpräsident Antonis Samaras von der Nea Dimokratia teilten sich beispielsweise während ihrer Studienzeit ein Zimmer.⁸ Diese Tatsachen illustrieren die enge Verflechtung von Politik- und Wirtschaftselite in Griechenland. Der traditionelle Klientelismus als allgegenwärtiges strukturelles Problem kann dadurch als eine historische Wurzel negativer Auswüchse der politischen Klasse heutzutage eingeordnet werden. Ebenso ist dies ein Grund, weshalb die griechische Bevölkerung der Politik und den etablierten Parteien mit Misstrauen begegnet.

² Vgl. ebd., S. 53.

³ Zur Diktatur der Obristen vgl. Aswestopoulos, Wassilis: Griechenland - eine europäische Tragödie, München 2011, S. 40ff.

⁴ Richter: Die politische Kultur Griechenlands, a.a.O., S. 55.

⁵ Vgl. Aswestopoulos: Griechenland – eine europäische Tragödie, a.a.O., S. 18.

⁶ Vgl. Richter: Die politische Kultur Griechenlands, a.a.O., S. 57.

⁷ Mehr über die Verflechtungen griechischer Politiker erfährt man bei Aswestopoulos: Griechenland – eine europäische Tragödie, a.a.O., S. 54ff.

⁸ Vgl. ebd., S. 59.

Generell muss dem politischen System Griechenlands ein fatales Zeugnis ausgestellt werden. Das seit 1974 bestehende Zwei-Parteien-System Griechenlands ist in den jüngsten Wahlen überwunden worden und hat sich pluralisiert.⁹ Die Gründe für diesen Wandel liegen in der „Verkrampfung des griechischen Zwei-Parteien-Systems“¹⁰. ND und PASOK sind in den vergangenen Dekaden zu einem Symbol für Korruption, verkrustete Strukturen, Reformunfähigkeit und gleichbleibendes politisches Personal geworden. Politische Versprechungen wurden, wenn überhaupt, überwiegend nur im Kontext gewisser Wählerklientel ernst genommen und waren oft haltlos.¹¹ Parteiinterne Demokratie existiert nur marginal und auch das Parlament kann seine Kontrollfunktion nur schwach ausführen, da von der Fraktionsdisziplin abweichende Parlamentarier in der Regel mit einem Parteiausschluss rechnen müssen und daher unter Druck stehen, die Linie der Parteivorsitzenden strikt mitzutragen.¹² Da diese Beschreibungen auf beide genannten Parteien anwendbar sind, ist das Fehlen echter Alternativen für die Wähler offensichtlich. Aus demokratietheoretischer Warte betrachtet ist diese Erkenntnis als eine schwerwiegende Belastung der griechischen Demokratie an sich zu sehen. Der schrumpfende politische Rückhalt für die etablierten Parteien, gepaart mit zunehmender bürgerlicher Unzufriedenheit und Wut, ist eine logische Folgeerscheinung.

Wie schon zuvor erwähnt, ebnete die praktizierte Gefälligkeitspolitik der Parteien in den 1980er Jahren den Weg für massenhafte Einstellungen im öffentlichen Dienst.¹³ Der direkte Zugriff der beiden Parteien ND und PASOK auf den öffentlichen Sektor sorgte seitdem für eine stetige Implementierung neuer Beamter, die der gerade regierenden Partei nahe standen.¹⁴ Daraus ergeben sich verschiedene negative Konsequenzen. Erstens ist die dadurch entstehende Aufblähung des staatlichen Verwaltungsapparates zu nennen, der personell völlig überbesetzt ist und gleichsam ineffektiv arbeitet.¹⁵ So arbeiten nach einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 22,3 Prozent

⁹ Zu den Ergebnissen der Wahlen im Juni 2012 und deren Konsequenzen vgl. Vogt, Susanna: Vernunftsiege in Griechenland, in: Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 18. Juni 2012.

¹⁰ Malkoutzis, Nick: Turbulente Zeiten für Politik und Parteien in Griechenland, in: Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung 11/2011, S. 3.

¹¹ So versprach z.B. Giorgos Papandreou trotz seines Wissens über das dramatische Haushaltsdefizit im Jahr 2009 „Geld für alle“. Vgl. dazu Aswestopoulos: Griechenland – eine europäische Tragödie, a.a.O., S. 131ff.

¹² Vgl. Aswestopoulos: Griechenland – eine europäische Tragödie, a.a.O., S. 70.

¹³ Vgl. ebd., S. 18.

¹⁴ Vgl. Brozus, Lars/Schwarzer, Daniela: Der blinde Fleck im griechischen Reformprogramm, in: SWP-Aktuell 45 8/2012, S. 3.

¹⁵ Vgl. ebd., S. 2.

der erwerbstätigen Griechen im Staatssektor, der europäische Durchschnitt liegt bei 15,8 Prozent.¹⁶ Durch den hinzukommenden Effektivitätsmangel sind die Ausgaben des Staates an dieser Stelle deutlich zu hoch. Außerdem verschafft die überbordende und intransparente Bürokratie des Landes Griechenland den letzten Platz im Vergleich mit anderen OECD-Mitgliedstaaten bei der Produktivität des öffentlichen Sektors in einer Rangliste der Bertelsmann Stiftung.¹⁷ Konkrete Beispiele dafür gibt es etliche: „die Finanzämter sind heillos überfordert, die Stadtplanungsämter gehören zu den größten Korruptionsherden [...], das Justizwesen ist langsam und umständlich“¹⁸. Die in Griechenland vorhandene Korruption ist folglich systembedingt. Aufgrund der exemplarisch vorgetragenen Klientelpolitik der Landeselite und der maßlosen Bürokratie wird die Bevölkerung ebenfalls zu korrupten Handlungen verleitet, die zudem durch die langsame Justiz selten strafrechtlich verfolgt respektive aufgeklärt werden.

Diese strukturellen Defizite des Staates verursachen drastische Probleme im Steuersystem. Charakteristisch sind Probleme des Finanzministeriums mit der Eintreibung von Steuern und als Resultat daraus ein bisher erfolgloser Kampf gegen Steuerhinterziehungen.¹⁹ Verantwortlich für die Praxis der Steuerhinterziehung ist auch eine unter den Bürgern subjektiv empfundene Ungerechtigkeit, da die Eliten ihr Geld nachweislich ins Ausland transferieren.²⁰ Auch wenn zwei Drittel der griechischen Bevölkerung ihre Steuern rechtmäßig bezahlen, sind fehlende Steuereinnahmen im griechischen Haushalt evident. Die Regierung ist bisher nicht in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Eindämmung von Steuerhinterziehung und für Steuermehreinnahmen einzuleiten, was insbesondere auf „die strukturelle Schwäche des Staates“²¹ zurückzuführen ist.

Es lässt sich vorerst konkludieren, dass die Struktur des politischen Systems in Griechenland eine Reihe von Missständen hervorgerufen hat, die ursächlich für die heutige Situation des Staates sind und nur schwierig auflösbar erscheinen. Vor allem die

¹⁶ Studie zitiert nach ebd., S. 3.

¹⁷ Dazu der „Management-Index“ in Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Nachhaltiges Regieren in der OECD. Sustainable Governance Indicators, Bielefeld 2011, S. 13.

¹⁸ Malkoutzis: Griechenland – ein Jahr in der Krise. Analyse der sozialen und politischen Auswirkungen eines beispiellosen Sparprogramms, in: Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung 6/2011, S. 7.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 6.

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Ebd.

etablierten Parteien PASOK und ND tragen die Verantwortung für die Schaffung dieser Struktur und konsequenterweise entfernt sich die Bevölkerung zunehmend von den vormals dominanten politischen Akteuren.

2.2. Ökonomische Verfehlungen der Politik

Auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation des Landes wird schnell deutlich, dass die entscheidenden Fehler auf dem Weg in die Misere politischer Herkunft sind.

Seit Beginn der 1980er Jahre und der ersten Regierungsperiode der PASOK verfolgte man in Griechenland eine „wohlfahrtsstaatliche Programmatik“²², die durch eine breite soziale Absicherung, einen großen Beamtenapparat und zahlreiche staatliche Unternehmen mit der Intention einer gesellschaftlichen Nivellierung gekennzeichnet war. Eine Folge dessen war jedoch, dass der Staat sich klar verschuldete. Das Geld zur Finanzierung dieses umfassenden Wohlfahrtsstaates fehlte schlicht im griechischen Staatshaushalt, was die griechischen Politiker allerdings nicht dazu bewegen konnte, Reforminitiativen zu ergreifen.

Der 1992 ausgearbeitete Vertrag von Maastricht stellte die Weichen für die europäische Währungsunion. Die darin enthaltenen Konvergenz-Kriterien legen Referenzwerte für wirtschaftliche Parameter fest, die die zukünftigen Euro-Länder erfüllen sollten.²³ Zentral ist dabei vor allem die festgelegte Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung eines jeden Staates auf 3% des Bruttoinlandproduktes (BIP) sowie die Eingrenzung der Gesamtverschuldung auf maximal 60% des BIP. Für Griechenland bedeutete dies, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes schnell zu verbessern, da das Kriterium der jährlichen Neuverschuldung im Verlauf der 1990er Jahre stets signifikant verfehlt wurde.²⁴ Obwohl der damalige Regierungschef Konstantinos Simitis mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik versuchte, den öffentlichen Sektor zu reformieren und für den Abbau von sozialen Leistungen warb, um die Staatsausgaben zu verringern, überschritt die Gesamtverschuldung des Staates im Jahr 2000 bereits das BIP eines Jahres.²⁵ Ein massiver Verstoß gegen die Maastricht-Kriterien. Letztlich entschied sich Simitis, das Problem durch statistische Kosmetik zu verschleiern, und die EU mit

²² Roth, Karl-Heinz: Griechenland und die Euro-Krise, in: Sozial.Geschichte Online 6 (2011), S. 156.

²³ Zu den Konvergenz-Kriterien des Maastricht-Vertrages vgl. ebd., S. 157.

²⁴ Vgl. ebd., S. 158.

²⁵ Vgl. ebd.

falschen Zahlen über Griechenlands Haushalt zu beliefern, da er den Beitritt in die Euro-Zone um jeden Preis erreichen wollte.²⁶ Der Euro-Beitritt Griechenlands erfolgte somit trotz des eklatanten Verstoßes gegen haushaltspolitische Parameter der Maastrichter Konvergenz-Kriterien, basierend auf der geschickten Verhüllung der realen Zahlen durch die Regierung.

Retrospektiv sind zunächst scheinbar positive Effekte der Euro-Einführung auszumachen: Das wirtschaftliche Wachstum stieg rasant an, großangelegte Investitionen in die griechische Infrastruktur wurden getätigt und es kam zu einem allgemeinen Konsumrausch in der Bevölkerung, forciert durch Konsumaufforderungen der Politik.²⁷ Problematisch ist dabei allerdings, dass diese Entwicklungen auf Schuldfundierten, weil die Zinsen durch die sichere Währung äußerst niedrig waren, das Problem der Rückzahlung wurde verdrängt, auf individueller wie auf staatlicher Ebene. Nur wenige profitierten vom „kurzlebigen Euro-Boom [...]“. Es handelte sich im Wesentlichen um drei eng miteinander verflochtene Gruppen der herrschenden Elite²⁸: Finanz- und Wirtschaftselite sowie die politische Klasse. Die fehlende Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs sorgte dafür, dass im Zuge der Weltwirtschaftskrise 2008 auch Griechenland in einen Rezessionsstrudel gezogen wurde und die Bevölkerung hart getroffen wurde. Die Arbeitslosigkeit stieg rasant an, die Kluft zwischen Arm und Reich war gewachsen und auch der Staat hatte sich noch weiter verschuldet.²⁹ Die hohe Staatsschuld führte letztlich dazu, dass Griechenland bei der EU im Mai 2010 Hilfe erbat, und diese sich gemeinsam mit der EZB und dem IWF dazu entschloss, in Griechenland wirtschaftspolitisch zu intervenieren.

Zusammenfassend erweist sich die wirtschaftliche Lage Griechenlands als höchst instabil, die horrende Staatsverschuldung überschreitet jedes Maß. Dies ist auch eine Folge der politischen Weichenstellungen in der Vergangenheit, die jegliche Rationalität und Orientierung an den realen Verhältnissen vermissen lassen. Nach der eingehenden Untersuchung der Ursprünge der griechischen Krise lässt sich feststellen, dass die Wirtschaftskrise Griechenlands viel eher als eine Politikkrise des Landes begriffen

²⁶ Zu den Reformversuchen und der Verschleierungstaktik unter Simitis inkl. seiner Verstrickungen mit der Bank Goldman-Sachs vgl. Aswestopoulos: Griechenland – eine europäische Tragödie, a.a.O., S. 95ff.

²⁷ Vgl. Roth: Griechenland und die Euro-Krise, a.a.O., S. 159f.

²⁸ Ebd., S. 161.

²⁹ Vgl. ebd., S. 164.

werden muss, auch im Hinblick auf Transformations- und Modernisierungsbestrebungen.

3. Gesellschaftliche und politische Auswirkungen der Krise

Seitdem die Troika in Griechenland aktiv ist, wurden zwei umfangreiche Rettungspakete beschlossen, im Mai 2010 und im Februar 2012.³⁰ Das ambitionierte Ziel lautet Sanierung des Staatshaushaltes, um den Austritt Griechenlands aus der Eurozone zu verhindern und dadurch auch für die Stabilität der Währungsunion zu sorgen. Die an die Rettungspakete gekoppelten Konditionen in Form von strukturellen Reformen implizieren allerdings durch die Radikalität der Maßnahmen „gravierende Auswirkungen auf die griechische Gesellschaft“³¹ und das politische System.

3.1. Gesellschaftliche Entwicklungen

Die „weitreichenden Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die griechische Wirtschaft und auf das Alltagsleben der Menschen“³² werden bereits bei der Betrachtung der Arbeitslosenzahlen illustriert. Im Verlauf der Krise stieg die Arbeitslosenquote Griechenlands konstant an und liegt mittlerweile bei über 23 Prozent, europaweit ist dies nach Spanien die höchste Quote.³³ Noch dramatischer ist die exorbitante Jugendarbeitslosigkeit von 54 Prozent bei 15- bis 24-Jährigen, somit zahlen vor allem die Jugendlichen des Landes den sozialen Preis für die wirtschaftlichen Maßnahmen.³⁴ Diese alarmierenden Arbeitslosenraten sorgen für den finanziellen Ruin vieler Bürger, da der griechische Sozialstaat nur zwölf Monate Arbeitslosenunterstützung offeriert.³⁵ Auch fehlen innovative Programme, um Jugendlichen Chancen für Ausbildung und Studium zu bieten.³⁶ Viele junge Menschen, die mit dieser perspektivlosen Situation

³⁰ Zu den Maßnahmen des ersten auferlegten Sparprogramms vgl. Aswestopoulos: Griechenland – eine europäische Tragödie, a.a.O., S. 164; zum zweiten Reformpaket vgl. ebd., S. 235.

³¹ Malkoutzis: Griechenland – ein Jahr in der Krise, a.a.O., S. 3.

³² Ders.: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel. Eine Analyse der anstehenden Parlamentswahlen, in: Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung 5/2012, S. 13.

³³ Vgl. dazu die Arbeitslosigkeitsstatistiken aus dem Juli 2012 von Eurostat, in: epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31082012-BP/EN/3-31082012-BP-EN.PDF.

³⁴ Die Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit vgl. ebd.

³⁵ Vgl. Malkoutzis: Griechenland – ein Jahr in der Krise, a.a.O., S. 3.

³⁶ Vgl. ebd.

konfrontiert sind, spielen daher mit dem Gedanken, ins Ausland abzuwandern. Auch der Mittelstand wurde hart von den Einsparungen getroffen. Ausbleibende Einnahmen durch nachlassenden Konsum und Steuererhöhungen sorgten für die Insolvenz von etwa 65000 mittelständischen Geschäften und Unternehmen seit dem Jahr 2010.³⁷ Das verbliebene Gewerbe versucht durch Entlassungen und Lohnkürzungen, die Situation zu überstehen. Im öffentlichen Dienst sind die Beamten gleichfalls von Einkommensverlusten und Entlassungen betroffen, da die Neuausrichtung des öffentlichen Sektors wesentlicher Bestandteil der Reformbemühungen ist. Die Lohnkürzungen bei Beamten belaufen sich auf etwa 20 bis 30 Prozent.³⁸ Angestrebt wird außerdem der Abbau von 150000 Stellen im öffentlichen Dienst, was jedoch als nahezu unrealisierbar beurteilt wird.³⁹ Neben den Jugendlichen, Arbeitslosen und Erwerbstätigen leiden auch die Rentner als essentieller Bestandteil der Gesellschaft unter den harten Sparmaßnahmen. Sie müssen sich mit massiven Rentenkürzungen und erschwerter medizinischer Versorgung arrangieren, was jedoch nur mit großem Unmut hingenommen wird.⁴⁰

Die schlimmen Folgen von hoher Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, kollektiver Perspektivlosigkeit und nachlassenden Sozialleistungen äußern sich mannigfaltig in der griechischen Gesellschaft. Ein Aspekt ist dabei die psychologische Belastung, der viele Bürger nicht gewachsen sind. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in absehbarer Zeit haben die meisten aufgegeben, es werden Fluchtpunkte gesucht. Eine nie zuvor dagewesene Suizidrate erschüttert das Land.⁴¹ Um dem eigenen Dilemma zu entfliehen, entdecken einige die Kriminalität: Zahlreiche Raubüberfälle auf Athener Geschäfte und Einzelpersonen lassen die Kriminalitätsrate empor steigen.⁴² Die Zahl der Obdachlosen und der Menschen, die nicht mehr selbst für ihre Nahrung aufkommen können, expandiert in Sphären, die vor wenigen Jahren als unvorstellbar gegolten haben.⁴³ Diese

³⁷ Vgl. Malkoutzis: Griechenland – ein Jahr in der Krise, a.a.O., S. 4.

³⁸ Vgl. Schwarzer, Daniela: Neuer Anlauf in und für Griechenland, in: SWP-Aktuell 15 März 2012, S. 2.

³⁹ Vgl. Malkoutzis: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 17.

⁴⁰ So stürmten griechische Rentner Anfang September das Gesundheitsministerium aufgrund neuer Regularien für Medikamente. Vgl. dazu Spiegel-Online vom 04.09.2012: Griechische Rentner stürmen Ministerium, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/rentner-stuermen-in-athen-gesundheitsministerium-a-853871.html>.

⁴¹ Vgl. Malkoutzis: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 20.

⁴² Vgl. Aswestopoulos: Griechenland – eine europäische Tragödie, a.a.O., S. 217.

⁴³ NGOs, Kirchen und Freiwilligenverbände versorgen täglich etwa 250000 Menschen mit Nahrung. Die Zahl der Obdachlosen beträgt etwa 20000, ein Anstieg von 25 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Vgl. dazu Malkoutzis: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 20.

Entwicklungen lassen den Schluss zu, dass das soziale Gefüge Griechenlands aufgrund der wirtschaftlichen Sparpolitik einer extremen Belastungsprobe unterzogen wird. Die Schuldigen werden in der Politik ausfindig gemacht. Um die eigene Frustration kundzutun und auf die verheerende Situation vieler Bürger hinzuweisen, wird beinahe täglich zu Demonstrationen und anderen Protestaktionen auf öffentlichen Plätzen aufgerufen. Während die meisten Demonstrationen friedlich verlaufen, kommt es allerdings vereinzelt auch zu gewaltsamen Aktionen.⁴⁴ Doch die Mobilisierung von Hunderttausenden Griechen ist ein Beleg dafür, dass die Griechen darin eine Möglichkeit sehen, für die Verbesserung der Lage zu kämpfen. Erwähnenswert ist ebenso, dass die Proteste ihre Ursprünge nicht bei einem spezifischen politischen Lager haben, sondern stattdessen universell akzeptiert sind und Leute mit verschiedensten politischen Ansichten zusammenbringen.⁴⁵ Und obgleich vieles für den politischen Verdruss der Bevölkerung spricht, lässt sich trotzdem eine Politisierung des Alltags feststellen. Politische Themen finden immer häufiger Zugang zu alltäglichen Konversationen.⁴⁶ Man kann das Aufbegehren und die Politisierung der Griechen als positive Signale dafür werten, dass sie sich trotz der degenerierten Lage der Gesellschaft und der grenzwertigen Gefährdung des sozialen Gefüges ihrer öffentlichkeitswirksamen Mittel bewusst sind und beachtlicherweise noch Mut und Willen für überwiegend friedliche Proteste gegen „das Versagen des politischen Systems [...] und [die] praktischen Auswirkungen des Sparkurses“⁴⁷ finden.

3.2. Transformation des politischen Systems

Obwohl die aktive Beteiligung der griechischen Bürger an politischen Aktionen zunimmt, ist das Vertrauen in das politische System und die etablierten Parteien PASOK und ND völlig verschwunden. Hinsichtlich der Vergangenheit beider Parteien ist man skeptisch, ob sie befähigt sind, die „schwierigsten Probleme Griechenlands anzugehen: die grundlegende Erneuerung der Verwaltung und die Entflechtung von

⁴⁴ Zur Reaktion der griechischen Gesellschaft in Form von friedlichen Protesten vgl. Malkoutzis: Griechenland – ein Jahr in der Krise, a.a.O., S. 5; zu den vereinzelt Gewaltausbrüchen vgl. Ders.: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 21.

⁴⁵ Vgl. Malkoutzis: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 22.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd., S. 21.

Parteien und öffentlichem Sektor.“⁴⁸ Wie sollen die Parteien, die jahrzehntelang durch Intransparenz, Klientelismus und falsche Versprechungen aufgefallen sind, nun glaubhaft einen Wandel vermitteln, für den in ihren eigenen Reihen größtenteils die Bereitschaft fehlt? So wird die Vetternwirtschaft beispielsweise nach wie vor betrieben.⁴⁹ Es besteht der Eindruck, dass die „Angehörigen der politischen Elite sich von der allgemeinen Öffentlichkeit vollkommen losgelöst haben.“⁵⁰ So ist der Wunsch der Bevölkerung nach einem Umbruch in der Politik verständlich. PASOK und ND werden als Parteien wahrgenommen, die für einen Paradigmenwechsel ungeeignet sind. Bisherige Bemühungen, speziell bei der Reform des öffentlichen Sektors, schreiten nur schleppend voran.⁵¹ Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen und Arbeitslosigkeit sorgen für eine Depression in der Bevölkerung, während die in den Memoranden festgelegten Strukturveränderungen von der Politik nur zögerlich durchgeführt werden. Die Griechen reagieren darauf durch einen Vertrauensentzug für die etablierten Parteien in Form von deutlichen Stimmverlusten bei den vergangenen Wahlen. Bei den Wahlen im Juni 2012 erhielten PASOK und ND zusammen nur noch knapp 42 Prozent der Stimmen (davon entfielen 29,66 Prozent auf die ND und lediglich 12,28 Prozent auf die PASOK), im Vergleich dazu waren es 2009 noch 77,4 Prozent.⁵² Diese Abstrafung der vormals dominanten politischen Garde besiegelt das Ende des stabilen Zwei-Parteien-Systems Griechenlands, welches seit Mitte der 1970er Jahre vorherrschte. Das Parteiensystem erlebt eine Polarisierung in entscheidenden politischen Sachfragen und eine Fragmentierung durch das Hinzukommen einer Vielzahl von neuen Parteien. Die Entwicklungen innerhalb der griechischen Gesellschaft reflektieren sich damit in der neuen Erscheinungsform des Parteiensystems. Zurückzuführen ist die Polarisierung der Bevölkerung und damit auch die Radikalisierung politischer Meinung auf das Versagen der langjährigen Regierungsparteien. Extremen Parteien, wie der linken SYRIZA, fällt es leicht, die vergangene und aktuelle Politik anzuprangern, da sie nicht selbst in die richtungsweisenden Entscheidungen involviert waren. SYRIZA und die

⁴⁸ Brozus/Schwarzer: Der blinde Fleck im griechischen Reformprogramm, a.a.O., S. 1.

⁴⁹ Vgl. Heyer, Julia Amalia: Rette sich, wer kann – meine Familie zuerst, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/euro-krise-griechen-aergern-sich-ueber-politische-vetternwirtschaft-a-854965.html>.

⁵⁰ Malkoutzis: Turbulente Zeiten für Politik und Parteien in Griechenland, a.a.O., S. 6.

⁵¹ Vgl. Ders.: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 18.

⁵² Zu den Ergebnissen vom Juni 2012 vgl. Vogt, Susanna: Vernunftsiege in Griechenland, a.a.O., S. 1; zu den Wahlergebnissen ab 1977 bis 2009 vgl. Malkoutzis: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 1.

kommunistische KKE am linken Rand des Parteienspektrums profitieren folglich von der Stimmung gegen die Etablierten.⁵³ Für den Aufschwung extremer Parteien sorgt zudem die Tatsache, dass sie eine reale Alternative anbieten zu den verkrusteten Strukturen des Establishments. Dabei wird allerdings häufig oppositioneller Populismus anstelle von pragmatischer Kritik an der Regierungspolitik als politisches Mittel gewählt.⁵⁴ Am rechten Ende des Parteienspektrums können die Orthodoxe Volkszusammenkunft (LAOS) und die neofaschistisch einzustufende Goldene Morgenröte ebenfalls immer mehr Unterstützer akquirieren.⁵⁵ Charakteristisch für beide Ränder des Parteienspektrums sind ihre ablehnende Haltung zu der in den Memoranden festgelegten Sparpolitik und anti-europäische Positionen. Die gemäßigte Koalitionsregierung aus PASOK, ND und Demokratischer Linken hingegen ist als Pro-Memorandum-Lager einzuordnen.⁵⁶ Die hinzukommende Fragmentierung des Parteiensystems ist eine Folgerung aus der Polarisierung und kommt auch dadurch zustande, dass die großen Parteien diverse Aufsplitterungen hinnehmen müssen. Als Abspaltungen von der ND betreten die Demokratische Allianz und die Unabhängigen Griechen als neue Parteien das politische System.⁵⁷ Auf Seiten der PASOK wurden der Soziale Pakt und die Arma Politon als eigenständige Parteien konstituiert.⁵⁸ Den Abspaltungen fällt es jedoch schwer, ihre Eigenständigkeit zu beweisen, da sie nicht mit „frischem politischen Personal ausgestattet sind“⁵⁹, was aus Sicht der Bürger mehr als wünschenswert wäre.

Die griechischen Wähler sind also mit einem demokratischen Dilemma konfrontiert. Auf der einen Seite steht die Koalitionsregierung aus ND, PASOK und Demokratischer Linken, die eine Reform zwar befürworten, doch Schwierigkeiten bei der Umsetzung zeigen und ND sowie PASOK als Verantwortliche für die Turbulenzen des Staates zu identifizieren sind. Hinweise auf eine Neuausrichtung der Parteien gibt es kaum. Auf der anderen Seite stehen extreme Parteien, die sich gegen die Memoranden

⁵³ Vgl. Malkoutzis: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 7.

⁵⁴ Vgl. Vogt: Vernunftsiege in Griechenland, a.a.O., S. 3.

⁵⁵ Zur ansteigenden Rechtsradikalität vgl. Spiegel Online vom 06.09.2012: Rechtsextremismus in Griechenland nimmt zu, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/goldene-morgenroete-immer-mehr-rechtsextreme-in-griechenland-a-854280.html>.

⁵⁶ Zu den Pro- und Anti-Memorandum-Lagern vgl. Malkoutzis: Griechenland schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 4ff.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 3.

⁵⁸ Vgl. ebd.

⁵⁹ Ebd.

positionieren und in vielen politischen Sachfragen radikale Positionen einnehmen. Die Radikalisierung der Bevölkerung, die Polarisierung und Fragmentierung des Parteiensystems sind Konsequenzen der gesellschaftlichen Situation. Es lässt sich positiv bewerten, dass eine generelle Politisierung der Bevölkerung erkennbar ist und dass nach den letzten Wahlen pro-europäische Parteien, wobei diese dringenden Reformbedarf aufweisen, eine Koalitionsregierung gebildet haben.

4. Perspektiven für Politik und Gesellschaft

Wagt man einen Ausblick in die Zukunft, so steht Griechenland weiterhin vor einer Periode des Übergangs, die durch viele Unwägbarkeiten gekennzeichnet ist. Entscheidend wird sein, dass eine tiefgreifende Transformation in verschiedenen Bereichen stattfindet. Im Blickpunkt steht dabei vor allem der öffentliche Sektor, der gleich mehrfach Reformbedarf aufweist. Eine Reduzierung des Beamtenpersonals ist notwendig, um die Staatsausgaben zu senken, doch dabei muss gleichzeitig die unterdurchschnittliche Effektivität verbessert werden.⁶⁰ Das Steuersystem muss simplifiziert werden und Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung müssen endlich greifen.⁶¹ Auch die Entbürokratisierung muss vorangetrieben werden, um Transparenz zu garantieren und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger zu werden.⁶² Der Bürokratieabbau kann dann auch hilfreich sein für die Eindämmung von Korruption, die häufig nur der Beschleunigung eines lange währenden amtlichen Vorgangs dient.

Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Reformagenda ist die Entflechtung von Politik und Verwaltung. Der eng mit den Parteien verwobene Staatsapparat entpuppt sich als ein Hindernis von Erneuerungsbemühungen, da sich die Parteien schwer tun, ihre Parteiklientel aus dem Staatsdienst zu entlassen.⁶³ Eine Lösung könnte die Einführung von Leistungskriterien sein, die restriktiv auf den Zugriff der Parteien wirken. Die über

⁶⁰ Vgl. Brozus/Schwarzer: Der blinde Fleck im griechischen Reformprogramm, a.a.O., S. 2f.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 2.

⁶² Derzeit steht Griechenland im globalen Vergleich aufgrund seiner überbordenden Bürokratie immer noch auf Platz 100 in einer Rangliste der Weltbank zum Thema bürokratische Regulierung, vgl. The World Bank (Hrsg.): Doing business in a more transparent world, Washington 2012, S. 6.

⁶³ Vgl. Brozus/Schwarzer: Der blinde Fleck im griechischen Reformprogramm, a.a.O., S. 3.

Dekaden gewachsenen klientelistischen Strukturen sind Gift für jegliche zukunftsstragende Neuausrichtung des Staates.

Für die griechische Bevölkerung wird wichtig sein, dass sie Transformationsbemühungen der Politik erkennen. Ansonsten droht eine weitere Zersplitterung des Parteiensystems, was jedoch kaum hilfreich ist, solange Populismus als beliebtestes Stilmittel eingesetzt wird. Dennoch ist es an der Zeit, dass neue Kräfte die politische Arena betreten, die das eingesessene Establishment ersetzen, sei es innerhalb von PASOK und ND oder bei anderen Parteien. Die Politik ist gefragt, „die Funktionsweise ihres Staates zu verändern“⁶⁴, denn das ist die Essenz der bürgerlichen Forderungen. Die Griechen sehnen ein Ende ihres Leidens unter den Sparmaßnahmen herbei. Zeigt die Politik den unbedingten Willen zur Veränderung, ist auch eine weitere Radikalisierung der Bevölkerung unwahrscheinlich. Anhaltende Demonstrationen sollten als Erinnerung für die Politik fungieren, dass sie ihren Stil überarbeiten muss.

Außerdem erschwert die anhaltende Diskussion um den Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone den Wandel unnötig. Daher „muss dem Euro-Exit eine klare Absage erteilt werden“⁶⁵, auch um ein klares Zeichen auszusenden. Die Überzahl von 63 Prozent der griechischen Bevölkerung ist jedenfalls laut einer Umfrage immer noch für den Verbleib in der Eurozone, was als Wegmarke für die handelnden Akteure gedeutet werden sollte.⁶⁶

Die griechische Gesellschaft kann am Wandel mitwirken, indem sie eine „Modernisierung von unten“⁶⁷ ins Leben ruft. Dazu können die Beteiligung an zivilgesellschaftlichem Engagement zählen oder innovative Ideen im Rahmen der lokalen Wirtschaft.⁶⁸ Die Politik ist gefragt, den Menschen zu kommunizieren, dass auch sie an der Modernisierung des Staates partizipieren können. Eine derartige Rhetorik besitzt auch das Potential, das vorherrschende Gefühl der Perspektivlosigkeit in der griechischen Gesellschaft ein Stückweit zu verdrängen.

⁶⁴ Malkoutzis: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 24.

⁶⁵ Schwarzer: Neuer Anlauf in und für Griechenland, a.a.O., S. 2.

⁶⁶ Umfrage von Public Issue im September 2011, zitiert nach: Malkoutzis: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel, a.a.O., S. 16.

⁶⁷ Schwarzer: Neuer Anlauf in und für Griechenland, a.a.O., S. 3.

⁶⁸ Vgl. ebd.

5. Schlussbetrachtung

Fasst man die Erkenntnisse dieser Hausarbeit zusammen, so lässt sich deduzieren, dass sich bei der Erforschung der Ursachen zunächst vor allem ein grundlegendes Versagen des politischen Systems offenbart. Praktizierter Klientelismus und mangelnder Reformwille der stetigen Regierungsparteien PASOK und ND haben eine eingefahrene Staatsstruktur kreiert, die nur schwierig aufzubrechen ist. Die strukturelle Schwäche des Staates ist auch ein Grund für die desaströse Finanzlage, da der öffentliche Sektor überbesetzt und gleichsam überfordert ist. Politische Akteure zeichnen sich verantwortlich für die Verbiegung ökonomischer Fakten zugunsten des Eintretens in die Währungsunion und die hemmungslose Anhäufung von Staatsschuld. Die in der Folge des Bekanntwerdens der griechischen Staatsverschuldung beschlossenen Sparmaßnahmen treffen viele soziale Gruppierungen in der griechischen Gesellschaft hart und das soziale Gefüge des Landes wird belastet. Dies führt dazu, dass die Unzufriedenheit und Wut über die Verfehlungen der politischen Klasse und die Auswirkungen des Sparkurses in einer Großzahl von Demonstrationen artikuliert wird. Es werden Appelle an die Politik gerichtet, in denen Reformen und Reaktionen auf die miserable gesellschaftliche Situation gefordert werden, doch bisher verläuft der strukturelle Reformprozess äußerst langsam; zu langsam in den Augen vieler Griechen, weshalb sie anfällig für populistische Parolen von extremen Parteien werden. Die Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems ist somit die Konsequenz der gesellschaftlichen Lage. Um radikalen und resignierenden Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzuwirken, ist die Politik in der Pflicht, die strukturellen Schwächen und zweifelhaften Praktiken zu beseitigen und den Staat partiell neuzugestalten. Wenn die Parteien eine Transformation forcieren und zudem den eindeutigen Willen postulieren, in der Währungsunion zu bleiben, so lässt sich vermutlich eine positivere Grundstimmung in der Bevölkerung erzeugen und einer weiteren politischen Extremisierung vorbeugen. Um die demoralisierende Perspektivlosigkeit in der Gesellschaft zu durchbrechen, muss die Politik auf einen neuen Kurs schwingen, der in seinen Grundsätzen von den vergangenen Jahrzehnten abweicht. Gelingt dies nicht, drohen nicht prognostizierbare Auswirkungen auf den griechischen Staat und die interdependente Eurozone.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Aswestopoulos, Wassilis: Griechenland - eine europäische Tragödie, München 2011.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Nachhaltiges Regieren in der OECD. Sustainable Governance Indicators, Bielefeld 2011.

Brozus, Lars/Schwarzer, Daniela: Der blinde Fleck im griechischen Reformprogramm, in: SWP-Aktuell 45 8/2012.

Eurostat (Hrsg.): Euro area unemployment rate at 11,3%, in: epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31082012-BP/EN/3-31082012-BP-EN.PDF (zuletzt abgerufen am 14.09.2012).

Heyer, Julia Amalia: Rette sich, wer kann – meine Familie zuerst, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/euro-krise-griechen-aergern-sich-ueber-politische-vetternwirtschaft-a-854965.html> (zuletzt abgerufen am: 14.09.2012).

Malkoutzis, Nick: Griechenland – ein Jahr in der Krise. Analyse der sozialen und politischen Auswirkungen eines beispiellosen Sparprogramms, in: Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung Juni 2011.

Malkoutzis, Nick: Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel. Eine Analyse der anstehenden Parlamentswahlen, in: Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung Mai 2012.

Malkoutzis, Nick: Turbulente Zeiten für Politik und Parteien in Griechenland, in: Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung November 2011.

Richter, Heinz A.: Die politische Kultur Griechenlands. Zu den historischen Gründen eines fundamentalen Missverständnisses, in: Die Politische Meinung Nr. 508, März 2012, S. 51-58.

Roth, Karl Heinz: Griechenland und die Euro-Krise, in: Sozial.Geschichte Online 6 (2011), S. 156-176.

Schwarzer, Daniela: Neuer Anlauf in und für Griechenland, in: SWP-Aktuell 15 3/2011.

Spiegel Online vom 04.09.2012: Griechische Rentner stürmen Ministerium, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/rentner-stuermen-in-athen-gesundheitsministerium-a-853871.html> (zuletzt abgerufen am 14.09.2012).

Spiegel Online vom 06.09.2012: Rechtsextremismus in Griechenland nimmt zu, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/goldene-morgenroete-immer-mehr-rechtsextreme-in-griechenland-a-854280.html> (zuletzt abgerufen am 14.09.2012).

The World Bank (Hrsg.): Doing business in a more transparent world, Washington 2012.

Vogt, Susanna: Der Wille der Griechen. Enttäuschte Wähler strafen die etablierten Parteien ab, in: Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 5/2012.

Vogt, Susanna: Vernunftsieg in Griechenland. Die Reformbefürworter können sich bei der griechischen Parlamentswahl behaupten – doch das Land bleibt gespalten, in: Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung 6/2012.